

## INHALT

- Bertelsmann-Studie bestätigt: Fachärzte ungleich verteilt
- Beitragsgelder sind keine Steuermittel
- PSG II: Pflege vor echter Bewährungsprobe
- Medizin-Apps: Experten sehen Risiken
- BSG-Urteil: Wo Facharzt drauf steht, muss auch Facharzt rein
- Blickpunkt Hintergrund: Fehlzeiten 2014

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:  
9. April 2015

## ■ Die Pflegenoten sind Geschichte

Das Schulnotensystem zur Bewertung von Pflegeheimen und -diensten wird ab 2016 abgeschafft. So sieht es ein **zweistufiges Konzept des Pflegevollmächtigten der Bundesregierung**, Karl-Josef Laumann, vor. Stattdessen soll es eine Zusammenfassung der Prüfberichte des **Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung** (MDK) geben. Der GKV-Spitzenverband erhält den gesetzlichen Auftrag, bis Ende 2015 einheitliche Vorgaben dafür zu erlassen. In einem zweiten Schritt soll ein Pflegequalitätsausschuss ein neues Qualitätsprüfungs- und Veröffentlichungssystem für Pflegeeinrichtungen beraten. Bis zum 31. Dezember 2017 bekommt der Ausschuss Zeit, eine entsprechende Richtlinie zu erlassen. In dem Ausschuss müssten, so Laumann, neben den Einrichtungs- und Kostenträgern auch die Verbände der Pflegebedürftigen und der Pflegeberufe gleichberechtigt mit Stimmrecht vertreten sein. Der AOK-Bundesverband vermisst in Laumanns Konzept verbindliche Aussagen zur Pflegequalität. Verbandschef Jürgen Graalman warnte davor, hinter die erreichten Qualitätsstandards zurückzufallen.

Infos: [www.aok-bv.de](http://www.aok-bv.de)

## ■ Schärfere Meldepflichten für gefährliche Krankenhauskeime

**Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe** (CDU) will mit einem Zehn-Punkte-Plan den Kampf gegen gefährliche Krankenhauskeime intensivieren. Kliniken sollen verpflichtet werden, regelmäßig und verständlich über ihre Hygienestandards zu informieren. Außerdem will der Minister die Weiterbildung in Krankenhäusern und Arztpraxen ebenso vorantreiben wie die Antibiotika-Forschung. In Deutschland sterben pro Jahr 10.000 bis 15.000 Menschen an einer Infektion mit **multiresistenten Keimen** (MRSA). Die **Bundesärztekammer** (BÄK) begrüßte die Pläne, forderte aber mehr Geld. „Es fehlen tragfähige Vorschläge für eine solide Finanzierung“, kritisierte BÄK-Präsident Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery. Die **Deutsche Krankenhaus-Gesellschaft** (DKG) sorgt sich um fehlendes Fachpersonal: „Es wäre wichtig, die Instrumente des Personalförderprogramms nachzuzustieren“, so Hauptgeschäftsführer Georg Baum. Der AOK-Bundesverband begrüßte Gröhes Vorstoß. Der Verband selbst ist Gründungsmitglied des Aktionsbündnisses Patientensicherheit. Eins der Projekte des Bündnisses ist die „**Aktion Saubere Hände**“ (ASH) zur **Verbesserung der Krankenhaushygiene**. Seit Juni 2011 können sich Krankenhäuser und Rehakliniken über ASH zertifizieren lassen.

Infos: [www.aktionsbueundnis-patientensicherheit.de](http://www.aktionsbueundnis-patientensicherheit.de)

## ZUR PERSON I



■ **Malu Dreyer**, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, ist mit dem Deutschen Pflegepreis 2015 ausgezeichnet worden. Der Deutsche Pflegerat (DPR) würdigt damit Dreyers langjähriges Engagement für die Pflege. „Sie haben uns eine Perspektive gegeben“, lobte der DPR-Präsident Andreas Westerfellhaus. Rheinland-Pfalz ist bald das erste Bundesland mit eigener Pflegekammer.



■ **Dr. Christiane Groß** ist neue Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes (DÄB). Die Fachärztin für Allgemeinmedizin, Psychotherapie und ärztliches Qualitätsmanagement aus Wuppertal war bisher Vize-Präsidentin des DÄB und tritt die Nachfolge von Dr. Regine Rapp-Engels an. Rapp-Engels war sechs Jahre DÄB-Präsidentin und 14 Jahre im Vorstand.

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

## ■ Fehlzeiten 2014: Krankenstand konstant – deutliche Unterschiede bei den Berufsbildern

Insgesamt ist der **Krankenstand** bei den elf Millionen AOK-versicherten Arbeitnehmern im Jahr 2014 nahezu unverändert geblieben. Er stieg im Vergleich zu 2013 lediglich um 0,1 Prozentpunkte auf 5,2 Prozent. Dies zeigt die aktuelle Auswertung des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO). Jeder Beschäftigte war demnach im Schnitt 18,9 Tage aufgrund einer ärztlichen Bescheinigung arbeitsunfähig. Die Ursachen allerdings unterscheiden sich erheblich nach den Berufszweigen. So sind die Fehlzeiten aufgrund von psychischen Belastungen in Callcentern und in der Altenpflege besonders hoch. Dagegen sind Berufe in der Entsorgung und in der industriellen Gießerei vor allem von Muskel-Skelett-Erkrankungen betroffen. „Diese Ergebnisse machen deutlich, welchen spezifischen Krankheitsrisiken die Beschäftigten mit ihren jeweiligen beruflichen Situationen ausgesetzt sind. **Präventionsangebote** sollten somit immer auf die jeweilige Berufsgruppe bezogen werden, um erfolgreich zu sein“, sagt der stellvertretende Geschäftsführer des WIdO, Helmut Schröder. Weitere Informationen im Blickpunkt-Hintergrund auf Seite 7.

Infos: [www.wido.de](http://www.wido.de)

## ■ Bertelsmann-Stiftung bestätigt: Fachärzte ungleich verteilt

Rechtzeitig zu den Beratungen des **GKV-Versorgungsstärkungsgesetzes (GKV-VSG)** liegt eine aktuelle Untersuchung im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung vor. Das Ergebnis bestätigt erhebliche Ungleichgewichte bei der **ärztlichen Versorgung** zwischen Stadt und Land zum Nachteil der ländlichen Regionen. Daran habe auch die vor zwei Jahren mit dem **Versorgungsstrukturgesetz** in Kraft getretene Bedarfsplanung nichts geändert. Die Planung weicht danach weiterhin bis zu 70 Prozent vom tatsächlichen Versorgungsbedarf ab. Laut Studie praktiziert etwa die Hälfte aller Psychotherapeuten in Großstädten, obwohl hier nur ein Viertel der Bevölkerung lebt. Auch die Praxen der Hals-Nasen-Ohren-Ärzte, Orthopäden, Nervenärzte und Urologen konzentrieren sich demnach in den Städten. „Es mangelt auf dem Land an Fachärzten, die wohnortnah verfügbar sein sollten“, so das Fazit der Studie. Die Ärzte-Verteilung in Stadt und Land ist auch ein Schwerpunkt des GKV-VSG. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) hat das Gesetz Anfang März in erster Lesung in den Bundestag eingebracht. Kürzlich hat der Gesundheitsausschuss das GKV-VSG im Rahmen einer Expertenanhörung beraten. Es sieht unter anderem stärkere Anreize bei der Vergütung vor, um Ärzte für eine Niederlassung in unterversorgten oder strukturschwachen Gebieten zu gewinnen.

Infos: [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

### ZUR PERSON II



■ **Dr. Werner Baumgärtner** bleibt für weitere vier Jahre Vorstandsvorsitzender von *Medi Geno Deutschland*. Der Verband vertritt nach eigenen Angaben etwa 17.000 niedergelassene Ärzte und Psychotherapeuten sowie über 100 Ärztenetze. Ebenso bestätigt wurden die Stellvertreter Dr. Matthias Lohaus, Dr. Ralf Schneider und Dr. Lothar Jakobi. Neuer Stellvertreter ist Dr. Svante Gehring.



■ **Tabea Wilke** ist neue Sprecherin und Leiterin Kommunikation der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales des Landes Berlin. Sie folgt auf Franciska Obermeyer, die sich beruflich neu orientiert. Zuletzt war Wilke als selbstständige Beraterin für digitale Kommunikation tätig. Sie berichtet direkt an den Senator für Gesundheit und Soziales des Landes Berlin, Mario Czaja.

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

## ■ Beitragsgelder sind keine Steuermittel

Der **GKV-Spitzenverband** warnt der Reformpläne der Großen Koalition vor höheren Krankenkassenbeiträgen. „Die Bundesregierung hat eine Reihe von Gesetzen in Gang gebracht, die zusätzliche Belastungen bringen“, so die Vorstandsvorsitzende des GKV-Spitzenverbandes, Dr. Doris Pfeiffer, in einem Zeitungsinterview. Als Beispiele nannte sie mehr Honorar für Ärzte in bestimmten Regionen im Zuge des **GKV-Versorgungsstärkungsgesetzes** und die geplante **Krankenhausreform**. Pfeiffer schätzt die zusätzlichen Belastungen auf rund 1,7 Milliarden 2016 und bis zu über drei Milliarden Euro 2019. Die vorläufigen **Finanzergebnisse der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)** für das Jahr 2014 weisen erstmals seit 2010 wieder ein Minus aus. Der AOK-Bundesverband hat vor diesem Hintergrund erneut Strukturreformen angemahnt. Der Staat verlagere immer mehr Aufgaben und Kosten auf die Krankenkassen, so die Kritik des AOK-Bundesverbandes. Das reiche vom Kinder-Krankengeld über die Investitionskosten für Kliniken bis zur geplanten Finanzierung der **Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)**.

Infos: [www.aok-bv.de](http://www.aok-bv.de)

### KOMMENTAR

Geld auszugeben, ist nicht schwer, Strukturreformen umso mehr! Ein Beispiel: Seit knapp 20 Jahren – ungefähr seitdem Ideen wie „Managed Care“ oder „Integrierte Versorgung“ Deutschland erreicht haben – diskutiert ein Gesundheitssystem über veraltete Sektorengrenzen, die es zu überwinden gelte. Wenn es aber drauf ankommt, fehlt der Mut. Dann scheint wichtiger, dass Geld fließt, als die Frage, wohin es fließt. Zur Not hilft der Beitragszahler. Es mag formale Gründe geben, warum das GKV-VSG und die Klinikreform getrennt beraten werden. Es gibt keine Gründe dafür, sie nicht zusammen zu denken. „Technisch in der Neuzeit, in der Koordination im Mittelalter“, urteilte der ehemalige Vorstandschef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung Andreas Köhler unlängst in G+G über das deutsche Gesundheitssystem. Wenn der das schon sagt ... (rbr)

## ■ Uni-Ärzte wollen 5,5 Prozent mehr

Der Marburger Bund fordert eine lineare Erhöhung der Ärztegehälter an den Universitätskliniken um 5,5 Prozent. Weitere Forderungen sind eine nicht näher bezifferte „moderate Anhebung der Zeitzuschläge für Überstunden, Nacht- und Samstagsarbeit“ sowie eine Reduzierung der zulässigen Wochenenddienste. Bereitschaftsdienste sollen nur an maximal zwei Wochenenden im Kalendermonat angeordnet werden dürfen. Angesichts der zunehmenden Arbeitsverdichtung sei es wichtig, Möglichkeiten einer verlässlicheren Planung der Ruhezeit und der Zeit für Familie und Privatleben zu schaffen, heißt es im Forderungskatalog der Ärztegewerkschaft. „Spitzenmedizin braucht gute tarifliche Rahmenbedingungen, die Ärztinnen und Ärzte eine dauerhafte Perspektive bietet. Wer hier auf der Bremse steht, riskiert eine hohe Fluktuation, zunehmende Frustration und eine Abwanderung hochqualifizierter Ärzte aus der Hochschulmedizin“, erklärte Christian Twardy, Verhandlungsführer des Marburger Bundes, zum Auftakt der Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL).

Infos: [www.marburger-bund.de](http://www.marburger-bund.de)

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

## ■ **Bundessozialgericht: Wo Facharzt drauf steht, muss auch Facharzt drin sein**

Krankenhäuser können eine geriatrische Komplexbehandlung nur abrechnen, wenn stets „ein geriatrisches Team unter fachärztlicher Behandlungsleitung“ verfügbar ist, urteilte jetzt das Bundessozialgericht (BSG). Ist die einzige entsprechend qualifizierte Ärztin zeitweise nicht anwesend, muss die Krankenkasse die Leistung nicht voll vergüten. Das BSG wies damit die Klage einer Klinik gegen die **AOK Sachsen-Anhalt** zurück. Das Krankenhaus verfügt laut Urteil nur über eine Ärztin mit der Zusatzbezeichnung „Klinische Geriatrie“. Diese sei an mehreren Behandlungstagen nicht anwesend und ohne Vertretung gewesen. Der Abrechnungsschlüssel mache jedoch unter anderem eine durchgehende fachärztliche Behandlungsleitung erforderlich, so das Gericht. Das sei hier nicht gewährleistet gewesen. Ferner war rechtlich streitig, ob Krankenhäuser die notwendigen Daten mittels elektronischen Datenverkehrs übermitteln müssen. Das hätte wiederum Auswirkungen auf die Fälligkeit der Krankenhausrechnung sowie den Beginn der Fristen für die Einleitung des Prüfverfahrens durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK). Auch hier untermauerte das BSG seine jüngste Rechtsprechung zugunsten der Krankenkassen, wonach Kliniken zur vollständigen Datenübermittlung verpflichtet sind.

Infos: [www.bundessozialgericht.de](http://www.bundessozialgericht.de)

## ■ **Medizin-Apps auf dem Prüfstand: Experten sehen auch Risiken**

Mit der rasanten Zunahme von Gesundheits- und Medizin-Apps für Smartphones und Tablets rücken auch die Risiken stärker in den Fokus. Es bestehe die Gefahr von Fehldiagnosen – besonders, wenn Verbraucher die Programme zur Diagnostik und Therapie-Einschätzung nutzten, sagte der Präsident des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM), Prof. Dr. Karl Broich, auf einer Tagung mit 200 Experten in Bonn. Patienten dürften sich am Ende nicht allein auf ihre App verlassen, statt Arzt oder Apotheker aufzusuchen. Unter den mehr als drei Millionen Apps gebe es bereits rund 87.000 Angebote für den Bereich Fitness/Wellness und etwa 55.000 medizinische Apps, ergänzte Prof. Dr. Hartmut Gehring vom Uniklinikum Schleswig-Holstein. Auch im Krankenhausalltag würden solche Angebote genutzt, etwa, um die individuelle Dosierung von Medikamenten zu berechnen. Der AOK-Bundesverband hatte bereits vor Jahresfrist eine **Nutzenbewertung für Gesundheits-Apps** gefordert. Bei der großen Anzahl der Apps stelle sich zunehmend die Frage nach der Qualität der angebotenen Informationen.

Infos: [www.bfarm.de](http://www.bfarm.de)

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

## ■ PSG II: Pflege vor echter Bewährungsprobe

Die Tragweite des Themas Pflege wird in Deutschland unterschätzt. Der Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Jürgen Graalman, hat vor allem die **pflegenden Angehörigen im Blick**. „Schon jetzt zeichnet sich ab, dass pflegende Angehörige einen ganz eigenen Beratungsbedarf haben. Diese Tatsache sollte die Politik als eigenen Rechtsanspruch im Zweiten Pflegestärkungsgesetz (PSG II) berücksichtigen“, sagte er anlässlich des **Deutschen Pflegetages 2015** in Berlin. Rund 70 Prozent aller Betroffenen werden durch Familien, Freunde und Nachbarn zu Hause gepflegt. „Mögen heute noch Mindestlohn oder Energiewende mehr Aufmerksamkeit erzeugen, langfristig wird das Pflege-Thema nach vorne drängen“, sagte Graalman. Pflege sei ein gesamtgesellschaftliches Großprojekt.

Infos: [www.aok-bv.de](http://www.aok-bv.de)

## ■ Gesunde Mitarbeiter sind Milliarden wert

Unternehmen, die **Betriebliche Gesundheitsförderung** (BGF) einsetzen, haben im Schnitt rund 25 Prozent weniger Fehlzeiten durch Erkrankungen und sparen richtig Geld. Jeder investierte Euro schlägt mit 2,70 Euro positiv zu Buche. Das zeigt der neue Report der „Initiative Arbeit und Gesundheit“ (iga). Der Report gibt auf Basis von rund 2.400 Studien eine fundierte Übersicht über den Nutzen der BGF – für die Unternehmen wie für die Beschäftigte. Seit einem Jahrzehnt steigt die Anzahl der Arbeitsunfähigkeitstage in Deutschland fast kontinuierlich an. Die Kosten für die ausgefallene Bruttowertschöpfung lag allein 2013 bei 103 Milliarden Euro. Allerdings gibt es immer weniger Beschäftigte, die sich von ihrem Unternehmen bei der Gesunderhaltung unterstützt fühlen. Ein Großteil der Studien belegt eine Verbesserung ihrer körperlichen beziehungsweise psychischen Verfassung durch **gezielte BGF-Programme**. Der iga gehören der Dachverband der gesetzlichen Unfallversicherer und Kassenverbände an, darunter der AOK-Bundesverband.

Infos: [www.iga-info.de](http://www.iga-info.de)

## ■ Wie viel „Energy“ gefährdet Ihre Gesundheit?

**Die Grünen im Bundestag** wollen in einer Kleinen Anfrage von der Bundesregierung wissen, wie gefährlich Energy Drinks für Kinder und Jugendliche sind. Laut Europäischer Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) bedeuteten mehr als drei Milligramm Koffein pro Kilogramm Körpergewicht am Tag ein Risiko für Jugendliche. Dieser Wert könne bei Heranwachsenden bereits durch den Konsum eines halben Liters erreicht werden. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hält Warnhinweise auf dem Etikett nicht für ausreichend und hatte ein Verkaufsverbot gefordert. Höhere Mengen von Koffein können zu Herz-Rhythmus-Störungen, Krampfanfällen, Bluthochdruck oder Nierenversagen führen.

Infos: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

## Vorschau

G+G | 4/2015

Gesundheit und Gesellschaft

### Titelthema:

#### Ende ohne Schrecken

Schmerzen, Atemnot, Alleinsein: Sterben macht Angst. Die Palliativmedizin lindert körperliche und seelische Leiden. Heiner Melching beschreibt das Angebot, fordert klare gesetzliche Regelungen und eine flächendeckende Versorgung.

#### Reportage: Hausbesuch am Lebensende

Unheilbar krank, den Tod vor Augen, wollen Menschen so lange wie möglich zu Hause leben. Christoph Fuhr und Jürgen Schulzki haben das Palliativteam Frankfurt bei der Arbeit beobachtet.

#### Reform-Menü mit fadem Beigeschmack

Wieder einmal versucht sich die Politik an einer Therapie der ambulanten Versorgung. Doch Teile der Rezeptur sind nicht bekömmlich, teuer und stärken weder Qualität noch Wettbewerb.

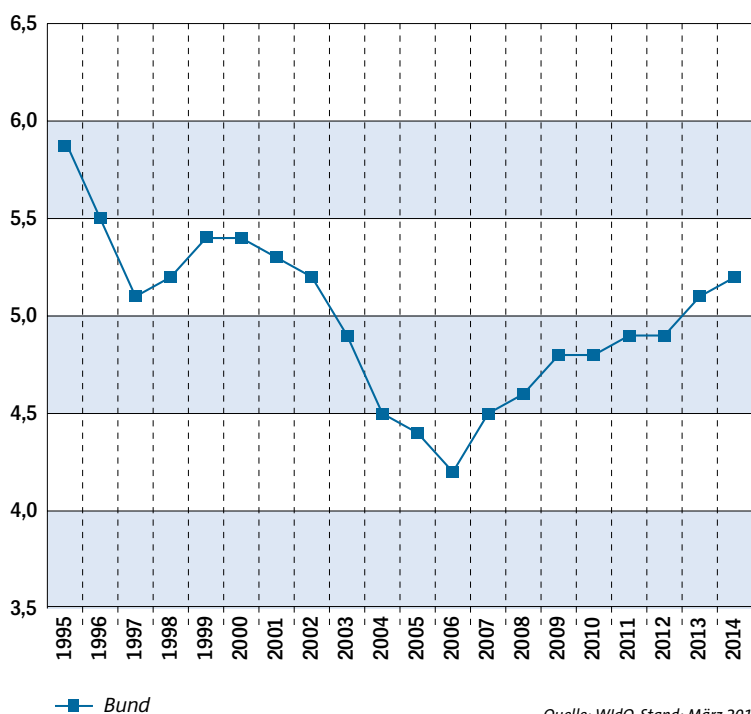
G+G | 2/2015

Wissenschaft

Regionale Varianz in der Gesundheitsversorgung ist der Schwerpunkt der Ausgabe. Dabei geht es um die internationale, die nationale Perspektive sowie die möglichen Konsequenzen für den morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich.

## Krankenstand der AOK-Mitglieder 1995 bis 2014

Krankenstand in %



**Der Krankenstand** bei den elf Millionen AOK-versicherten Arbeitnehmern insgesamt ist im Jahr 2014 nahezu unverändert geblieben. Er stieg im Vergleich zu 2013 lediglich um 0,1 Prozentpunkte auf 5,2 Prozent. Dies zeigt die aktuelle Auswertung des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO). Jeder Beschäftigte war demnach im Schnitt 18,9 Tage aufgrund einer ärztlichen Bescheinigung arbeitsunfähig.

Infos: [www.aok-bv.de](http://www.aok-bv.de)

## ■ Pflegeüberschüsse sinken

Die soziale Pflegeversicherung hat das Jahr 2014 mit einem Plus von 455 Millionen Euro abgeschlossen, 170 Millionen weniger als noch 2013. Die Einnahmen lagen bei 25,91 Milliarden Euro, ein Plus von 3,8 Prozent gegenüber 2013. Die Ausgaben stiegen um 4,6 Prozent auf 25,45 Milliarden Euro. Die Pflegeversicherung verfügte zum Jahresende über einen Mittelbestand von 6,63 Milliarden Euro.

Infos: [www.aok-bv.de](http://www.aok-bv.de)

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

## «BLICKPUNKT HINTERGRUND»

### ■ Arbeitsunfähigkeit hängt stark vom Berufsbild ab

Die Art der ausgeübten Tätigkeit hat erheblichen Einfluss auf das Ausmaß und die Häufigkeit der Fehlzeiten als auch auf die Art der Erkrankung. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen einzelnen Berufsgruppen. Das **Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO)** hat die Daten der elf Millionen AOK-versicherten Arbeitnehmer ausgewertet.

Die meisten Fehltag pro Jahr mit 30,8 weisen Berufsgruppen aus dem Bereich Ver- und Entsorgung auf. Dazu zählen beispielsweise Müllwerker oder Rohrleitungsbauer mit hohen körperlichen Arbeitsbelastungen und überdurchschnittlich vielen Arbeitsunfällen. Danach folgen Tätigkeiten in der industriellen Gießerei (29,5 Fehltag), als Straßen- und Tunnelwärter (27,3) oder Bus- und Straßenbahnfahrer (26,9), in der Metallverarbeitung (26,9) sowie der Altenpflege (26,7).

Dagegen lagen die durchschnittlichen Fehltag in den Berufen in der Hochschullehre und -forschung bei lediglich 3,9 Fehltag. Auch Ärzte (7,0), Menschen in der Softwareentwicklung (7,0) sowie in der technischen Forschung und Entwicklung (7,4) weisen deutlich unterdurchschnittliche krankheitsbedingte Fehlzeiten auf.

### » Dienstleistungsberufe belasten vor allem die Seele

Die Gründe für die Höhe der Fehlzeiten liegen vor allem in den berufsspezifischen Anforderungsprofilen. In Berufen mit körperlich anspruchsvollen Tätigkeiten wie der Ver- und Entsorgungsbranche (28 Prozent) und in der industriellen Gießerei (27 Prozent) treten vor allem Muskel-Skelett-Erkrankungen auf. Bei Berufen in der Hochschullehre und -forschung sind es im Vergleich nur 10 Prozent.

In den dienstleistungsorientierten Berufen sind dabei eher psychische Erkrankungen bestimmend für **Arbeitsunfähigkeit (AU)**: Auffällig sind hier insbesondere die Berufe im Dialogmarketing, etwa die Arbeit im Callcenter. 19 Prozent der AU-Tage gehen hier auf psychische Erkrankungen zurück. Auch Berufe in der Altenpflege sind hohen psychischen Belastungen ausgesetzt. Hier liegt die Marke bei 16 Prozent. Beide Berufsgruppen liegen mit 26,4 beziehungsweise 26,7 Fehltag pro Beschäftigten ebenfalls unter den Top Ten der Berufszweige mit dem höchsten Krankenstand.

Psychische Erkrankungen sind im Durchschnitt wieder stark angestiegen. Nach einer Stagnation im Jahr 2013 legten sie entsprechend dem langjährigen Trend vor 2013 mit 9,7 Prozent wieder deutlich zu. Zudem führen psychische Erkrankungen zu besonders langen Ausfallzeiten. Im Durchschnitt dauert eine Krankschreibung wegen einer solchen Diagnose etwa 25,2 Tage. Das ist mehr als doppelt so lange wie die Durchschnittsdauer der Krankschreibungen insgesamt. Die lag 2014 bei 11,9 Tagen.

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

### » Krankenstand konstant

Insgesamt lag der **Krankenstand** bei den elf Millionen AOK-versicherten Arbeitnehmern 2014 bei 5,2 Prozent. Er ist im Vergleich zu 2013 mit einem Anstieg von 0,1 Prozentpunkt nahezu unverändert geblieben. Damit hat jeder Beschäftigte im Durchschnitt 18,9 Tage aufgrund einer ärztlichen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung im Betrieb gefehlt.

Analysen des WIdO zeigen, dass die Fehltagelänge in Abhängigkeit vom Ausbildungsabschluss variieren. „Besser gebildete Beschäftigte verhalten sich in der Regel gesundheitsbewusster. Zudem werden ihnen größere Handlungsspielräume und Gestaltungsmöglichkeiten bei ihrer beruflichen Tätigkeit eingeräumt. Verschiedenen Studien zufolge besteht hier ein Zusammenhang mit dem Gesundheitszustand“, sagt Schröder.

### » Betriebliche Gesundheitsförderung hilft

Die hohen berufsspezifischen Belastungen der Arbeitnehmer machen deutlich, dass **zielgruppenspezifische Gesundheitsförderungsprogramme** erforderlich sind. Der Fehlzeiten-Report 2015 wird im September Möglichkeiten zielgruppenspezifischer Präventionsmaßnahmen in Betrieben vorstellen.

Dass sich **Betriebliche Gesundheitsförderung (BGF)** für Arbeitnehmer wie Unternehmen gleichermaßen lohnt, bestätigt der **aktuelle Report der Initiative Gesundheit und Arbeit (iga)** auf Basis von rund 2.400 Studien. Die Ergebnisse: Die krankheitsbedingten Fehlzeiten sinken um durchschnittlich ein Viertel. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist überaus positiv: Mit jedem investierten Euro können im Ergebnis 2,70 Euro durch reduzierte Fehlzeiten eingespart werden. Für Investitionen in den Arbeitsschutz zeigt sich ein vergleichbar positives Kosten-Nutzen-Verhältnis.

### » Regionale Besonderheiten

Die unterschiedlichen regionalen Auswertungen des WIdO geben darüber hinaus durchaus einen Einblick in regionale Besonderheiten der Arbeitsmarktstruktur der Bundesländer. Bei Berliner Schauspielerinnen und Schauspielern etwa ist eine psychische Belastung mit 47 Prozent die Hauptursache von Fehltagen im Jahr 2014 gewesen. Bei Hamburger Mimen sind es zu 56,6 Prozent Atemwegserkrankungen der Hauptgrund für Arbeitsunfähigkeit. Sowohl in der Hansestadt als auch in der Bundeshauptstadt zählt diese Berufsgruppe jedoch zu den Top Ten derer mit den niedrigsten Fehlzeiten. In anderen Regionen allerdings taucht sie gar nicht in den Statistiken auf. Dass in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern wiederum Berufe in der Fischverarbeitung auf Platz zwei beziehungsweise drei in der Fehlzeitenstatistik auftauchen, dürfte weniger überraschen. Vielleicht eher die Tatsache, dass das für Hamburg nicht gilt. Dass jedoch der Berufszweig der „Athleten und Berufssportler“ in der Bremer AU-Statistik eine nennenswerte Rolle einnimmt, lässt aufhorchen – immerhin Platz sieben im Ranking der zehn Branchen mit den meisten Fehltagen.

Infos: [www.aok-bv.de](http://www.aok-bv.de)